

2009-
2013

Arbeitsbericht Ulla Jelpke



Ulla Jelpke
innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE
LINKE im Deutschen Bundestag
2009-2013



Bewerbung für Platz 3 der Landesliste NRW

von Ulla Jelpke, MdB/DIE LINKE KV Dortmund

„Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer ‘das laut zu sagen, was ist’.“

Laut zu sagen was ist, heißt für mich:

- den Kapitalismus als Ursache der Krise zu benennen, statt die Menschen in Griechenland und anderswo zum Sündenbock zu machen.
- Kriege nicht als „humanitäre Interventionen“ zu beschönigen, sondern sich gegen jeden Bundeswehreinsatz im Ausland ebenso wie gegen die Militarisierung der Innenpolitik zu stellen.
- Geheimdienste als unkontrollierbare Fremdkörper in einer Demokratie anzuprangern und für ihre Auflösung einzutreten.
- die sogenannten „Anti-Terror-Gesetze“ als schleichenden Raubbau an demokratischen Rechten zu entlarven.
- 160 Morde durch Nazis und Rassisten seit 1990 nicht unter den Tisch zu kehren, sondern faschistische Aufmärsche zu blockieren und für das Verbot der NPD einzutreten.
- jeglicher rassistischen Hetze entgegenzutreten, vor allem den unter Lebensgefahr an den Grenzen Europas gestrandeten Flüchtlingen eine Stimme zu geben und für ihr Bleiberecht zu streiten.
- solidarisch an der Seite derjenigen zu stehen, die weltweit gegen Krieg und Kolonialismus für ein freies und würdiges Leben kämpfen – vom sozialistischen Kuba bis nach Kurdistan.
- „Betreuungsgeld“ als „Herdprämie“ zurückzuweisen und für die volle Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf allen Ebenen einzutreten.
- sozialistische Alternativen zur kapitalistischen Barbarei aufzuzeigen.

Mitgliedschaften

Als Vertreterin der Fraktion DIE LINKE. bin ich Mitglied im Kuratorium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ („Zwangsarbeiterstiftung“). Partei DIE LINKE

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA)

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V.

Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.

Mitherausgeberin der Zweiwochenschrift „Ossietzky“

Mitglied des Herausgeberkreises der Zeitschrift „antifaschistische Nachrichten“

Partnerin für soziale Bewegungen

Gewerkschaften, Friedens-, Flüchtlings- und Anti-Atombewegung sowie die Antifa brauchen weiterhin eine starke Partnerin im Bundestag, die unseren gemeinsamen Anliegen eine parlamentarische Stimme verleiht. Ich bin seit Ende 1990 mit einer dreijährigen Unterbrechung Bundestagsabgeordnete, Mitglied des Innenausschusses und innenpolitische Sprecherin erst der PDS, dann der LINKEN. Ich habe die Fallstricke und Grenzen des parlamentarischen Betriebes erfahren, aber auch die Möglichkeiten und Schlupflöcher linker Parlamentsarbeit: Mit unzähligen Anfragen und parlamentarischen Initiativen konnte ich die Interessen der außerparlamentarischen Zusammenschlüsse ins Parlament tragen. Meine Verankerung in außerparlamentarischen Gruppierungen und mein Kontakt zur Parteibasis lassen mich im „Raumschiff Bundestag“ die Bodenhaftung behalten.

In Krisenzeiten ist Klartext gefordert

Viele Genossinnen und Genossen in und um die Partei haben mich aufgefordert, angesichts der politischen Lage erneut zu kandidieren und meine Erfahrung gerade im Bereich der Innenpolitik in diesen Krisenzeiten ein weiteres Mal im Parlament nutzbar zu machen. Angesichts der Lage in der Gesamtpartei wie auch in der Fraktion habe ich mich dazu entschlossen, abermals in den Ring zu springen und dafür zu kämpfen, dass auch innerhalb von Partei und Fraktion weiterhin Klartext gesprochen wird. Der Mut zur Utopie darf nicht über den Mühen des parlamentarischen Tagesgeschäfts verloren gehen, der Wille zur Veränderung sich nicht im Streben nach systemimmanenten Reformen erschöpfen. Als eine der Bündesrednerinnen der Antikapitalistischen Linken (AKL) verbinde ich dabei Prinzipienfestigkeit mit der Bereitschaft zur Zusammenarbeit über die Flügel hinweg in allen Sachfragen.

Lasst uns gemeinsam nach der Niederlage bei den Landtagswahlen in NRW wieder aufstehen. Dazu gehört auch – aber nicht nur! – mit einem guten Ergebnis und einer starken Landesgruppe NRW in den Bundestag einzuziehen. Ich bitte um eure Unterstützung, um auch im nächsten Bundestag innerhalb einer starken LINKEN Fraktion klare linke Positionen vertreten zu können.

Kontakt: ulla.jelpke@bundestag.de

Außer Kontrolle

Polizeieinsätze im In- und Ausland

Die internationale Polizeikooperation wird immer bedeutsamer, sowohl innerhalb der EU als auch über sie hinaus. Der Bundestag hat dabei kein Mitspracherecht und wird kaum informiert.

Insbesondere bei der Entsendung von Polizeieinheiten in autoritär regierte Staaten sind unmittelbar die Menschenrechte betroffen, auch die Trennung zwischen polizeilichen und militärischen Aufgaben droht tendenziell unterlaufen zu werden, wenn deutsche Polizisten in Krisengebiete entsandt werden.

Die afghanische Bevölkerung erlebt „ihre“ Polizei als „Truppe gesetzloser Männer“

An erster Stelle ist hier Afghanistan zu nennen: Es ist unübersehbar, dass der dortige Einsatz von Polizisten aus Bundespolizei und Länderpolizeien Teil der NATO-Kriegspolitik ist. Nicht, weil die deutschen Polizisten selbst die Waffe in die Hand nähmen. Aber sie tragen in einem erheblichen Maß zur Ausbildung der afghanischen Polizei bei.

Ich habe in einer Vielzahl von Kleinen Anfragen die Formen der Zusammenarbeit zwischen deutschen und afghanischen Polizisten abgefragt und dabei stets thematisiert, welche Erkenntnisse über Menschenrechtsvergehen der einheimischen „Sicherheitskräfte“ vorliegen. Menschenrechtsorganisationen sind sich da ziemlich einig, aber selbst NATO-Offizielle

geben es manchmal zu: Die afghanische Bevölkerung erlebt „ihre“ Polizei als Truppe „gesetzloser bewaffneter Männer“, entfuhr es dem seinerzeitigen Kommandeur der NATO-Ausbildungsmission im November 2010. Sie kassieren Wegezölle an Straßen, rauben Zivilisten aus, machen illegale Hausdurchsuchungen, und sie kommen in aller Regel straffrei davon.

Es stimmt: die afghanische Polizei hat mehr Verluste als die afghanische Armee. Das deutet auf ihren paramilitärischen Charakter hin. Auch die Bundesregierung hat auf Anfrage zugegeben, dass es zur Aufgabe der Polizei gehört, die Aufständischen zu bekämpfen. Tatsächlich ist das ihre wichtigste Aufgabe, und dementsprechend sieht auch ihre Ausbildung aus. Nach etlichem Hin und Her hat die Bundesregierung endlich bestätigt, dass die – ohnehin maximal achtwöchige – Ausbildung ohne jegliche Abschlussprüfung endet. Polizist wird, wer das nötige waffentechnische Handwerk beherrscht und dem Ausbilder gefällt. Die Folgen dieses Vorgehens trägt die Zivilbevölkerung. Die vorgesehene Reduzierung der NATO-Truppen wird begleitet von einer immer unkontrollierteren Verteilung von Waffen in Afghanistan selbst. Aus diesem Grund lehnt DIE LINKE den deutschen Polizeieinsatz ab: Er ist nichts weiter als ein Beitrag zur Verlängerung des Krieges.

Dieser Haltung haben wir auch mit einem Antrag Nachdruck verliehen, den Polizeieinsatz in Afghanistan zu beenden, der von den anderen Fraktionen allerdings einhellig abgelehnt wurde (erste Lesung, zweite Lesung).

In Saudi-Arabien hilft die Bundespolizei seit Ende 2008 bei der Ausbildung des Grenzschutzes. Es ist bezeichnend, dass die Bundesregierung über diesen Einsatz bis heute nicht ein einziges Mal aus eigener Initiative berichtet hat. Details wurden entweder aus den Medien bekannt, oder ihr in Form von Kleinen Anfragen aus der Nase gezogen.

Die Bundesregierung beteuert auch hier, es würden gleichsam Menschenrechte exportiert. Das Gegenteil ist richtig: Auf Anfrage gab sie zu, dass in den Ausbildungsunterlagen Hinweise auf Rechtsstaatlichkeit gestrichen wurden, [damit das Material „adressatengerecht“ wird](#). Polizistinnen werden selbstredend nicht entsandt, das könnte ja als Bekenntnis zur Gleichberechtigung gedeutet werden. was exportiert wird, sind nicht demokratische Werte, sondern Überwachungsgeräte: Der Einsatz der Bundespolizei steht in engstem Zusammenhang mit einem Exportgeschäft des Rüstungskonzern EADS. Dieser übernimmt für mehrere Milliarden Euro den Aufbau von Grenzüberwachungsanlagen entlang der saudischen Außengrenzen. Während EADS den Grenzschützern den Umgang mit der Technik beibringt, kümmert sich die Bundespolizei darum, operative Techniken zu vermitteln. Zur Ausbildung gehört auch der sichere Umgang mit Waffen, und zwar G3-Gewehren aus dem Hause Heckler & Koch.

Nicht schlimm genug, dass die Bundesregierung auf diese Weise bei der (auch waffen-)technischen Aufrüstung eine der schlimmsten Despoten hilft, die es auf dem Globus gibt: Der Einsatz hat die deutschen SteuerzahlerInnen bislang ziemlich genau eine Million Euro gekostet. Saudi-Arabien zahlt zwar den größten Anteil, aber eben nicht alles. Das Grundgehalt für die in der Regel mehreren Dutzend Bundespolizisten fließt sowieso weiterhin aus dem Bundeshaushalt, obwohl die Beamten real gar nicht ihren eigentlichen Aufgaben im Inland nachgehen.

Natürlich ist nicht jede Ausbildungshilfe per se ein Beitrag zu Menschenrechtsverletzungen. Aber die Beispiele Afghanistan und Saudi-Arabien machen eines deutlich: Die Öffentlichkeit muss besser informiert werden, und der Bundestag muss die Möglichkeit haben, auch einmal „Stopp“ zu sagen.

Bundestag: Bislang nicht mal Zaungast

Aber: Die parlamentarische Kontrolle ist im Moment schlichtweg nicht gegeben. § 65 des Bundespolizeigesetzes erlaubt es der Bundesregierung, Polizisten – auf freiwilliger Basis – in alle Welt zu schicken, ohne den Bundestag darüber zu informieren. Ein Rückholrecht des Parlamentes ist nicht vorgesehen. Dieser Zustand wird der Bedeutung des Themas längst nicht mehr gerecht.

Als Konsequenz habe ich daher zu einer Art Doppellösung gegriffen: Zum einen stelle ich [jedes Quartal aufs neue](#) die Frage, wo in aller Welt deutsche Polizisten eingesetzt werden bzw. Ausbildungshilfen gewähren? Das sind praktisch Fragen ins Blaue hinein, denen dann im Verdachtsfall detaillierte Fragen folgen. Das ist im Moment das einzige Verfahren, mit denen Polizeieinsätze im Bundestag kontrolliert werden.

Zum anderen habe ich einen [Antrag](#) formuliert, der die Mitsprache des Bundestages erheblich erweitern soll. Vor jeder Auslandsverwendung soll das Parlament informiert werden und dabei auch ein Recht haben, den Abbruch der Maßnahme zu fordern. Außerdem soll im Bundespolizeigesetz Einsätze zur Unterstützung von Kriegen und autoritären Regimen ausgeschlossen werden.

Wie dringend eine bessere Kontrolle von Polizeieinsätzen ist, hat im Sommer 2012 auch die Diskussion um Ausbildungshilfe für Belarus gezeigt. Dessen Sicherheitskräfte erhielten Hinweise für den Umgang mit „Großlagen“, das schließt auch Demonstrationen ein. Gravierender war aus meiner Sicht aber die [Zusammenarbeit mit dem Grenzschutz](#): Belarus ist ein Transitland für Flüchtlinge, die sich nach Westeuropa durchzuschlagen versuchen, und die Bundesregierung wollte das Land in die Pflicht nehmen, diese „Tür“ zu schließen. Dass dies die Menschenrechte von Flüchtlingen tangiert, liegt auf der Hand.

Der Antrag befindet sich nach der [ersten Lösung](#) noch in der Beratung des Innenausschusses.

Überhaupt gar nichts erfährt man über Ausbildungstätigkeiten, die die GSG 9 unternimmt: Entsprechende Anfragen von mir werden [einfach nicht beantwortet](#), weil dies angeblich die Einsatzfähigkeit der Spezialtruppe gefährden würde. Dieses Geheimhaltungsbedürfnis geht sogar so weit, dass noch nicht einmal gesagt wird, in welchen Ländern die GSG 9 überhaupt Ausbildungen durchführt, von deren Inhalten ganz abgesehen.



1 Ausländischer Polizist beim Einsatz im Wendland

Das Ganze funktioniert natürlich auch umgekehrt: [Immer wieder werden bei größeren Demonstrationen in Deutschland Polizisten aus dem Ausland gesehen](#). Eigentlich dürften die allenfalls zusehen, welche Taktik hierzulande eingesetzt wird. Beim Castor-Transport im November 2010 ging es aber einem französischen Polizisten der Eliteeinheit CRS noch nicht rabiat genug zu: In rechtswidriger Weise beteiligte er sich an Maßnahmen gegen DemonstrantInnen. [Auch in diesem Fall ließ sich die Bundesregierung die Informationen nur mühsam aus der Nase ziehen.](#)

Ein absolutes Dunkelfeld bleibt die internationale polizeiliche Zusammenarbeit hinsichtlich des Datenaustausches. Die Bundesrepublik hat mit einer Reihe von Staaten entsprechen-

de Abkommen geschlossen, die in menschenrechtlicher Hinsicht mehr als problematisch sind. Wenn man etwa den Behörden von Ländern wie Saudi-Arabien oder Katar personen gebundene Daten übermittelt, ist damit stets die Gefahr verbunden, dass man etwa politische Opponenten der dortigen Regime ans Messer liefert. Ich wollte deswegen in mehreren Anfragen herausfinden, ob die deutschen Sicherheitsbehörden hier die gebotene Zurückhaltung an den Tag legen – [die Antworten sind nicht sehr befriedigend](#): Versprochen wird viel, aber kontrollierbar ist wenig. Das Thema wird mich weiter beschäftigen.

Polizeigewalt eindämmen: Gegen Pfefferspray, für Kennzeichnungspflicht

Pfefferspray ist mittlerweile praktisch zum beliebtesten [Einsatzmittel](#) der Polizei geworden. Das Reizgas kann gravierende gesundheitliche Schäden hervorrufen. Vor allem Personen, die ohnehin schon bestimmte medizinische Probleme haben (Herzbeschwerden, Atemwegserkrankungen, Konsum bestimmter Arzneimittel und Drogen) sind gefährdet. Aus meiner Sicht gebietet das, den Einsatz dieser Waffe an extreme Ausnahmesituationen zu knüpfen. Keinesfalls darf es gegen Unbeteiligte eingesetzt werden. Schon deswegen ist der Einsatz gegen Menschenmengen zu untersagen. Leider ist das Gegen teil der Fall, wie man in den letzten Jahren bei verschiedenen Großdemonstrationen gesehen hat: Da genügt der Polizei schon der bloße Verdacht, dass eine Ordnungswidrigkeit vorliegt (Blockaden und ähnliches), um ganze Menschengruppen unter Beschuss zu nehmen.

Ich habe deswegen einen [Antrag](#) formuliert, der zum Ziel hat, die Verwendung des Reizgases entscheidend einzuschränken. In Verbindung damit stand ein [Antrag auf Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Angehörige der Bundespolizei](#). Die Argumente hierfür sind seit langem bekannt: Straftaten, die von volluniformierten und behelmten Polizisten im Dienst begangen werden, sind häufig nicht aufzuklären, weil ihre Opfer die Täter nicht identifizieren können. Ein Namens- oder Nummernschild könnte hier helfen. Aber nicht einmal die Sozialdemokraten wollten sich bei der Abstimmung unserem Antrag anschließen., obwohl eine solche Kennzeichnungspflicht in den meisten EU-Staaten existiert.

Kampf gegen Abschottung

Asyl- und Flüchtlingspolitik

Dass sich die flüchtlingspolitische Debatte zum Ende der Wahlperiode hin deutlich zuspitzte und ein größeres gesellschaftliches Interesse fand, hatte vor allem zwei Ursachen: Erstens stieg in den Jahren 2010, 2011 und 2012 jeweils zum Herbst hin die Zahl der Asylsuchenden aus Serbien und weiteren ehemaligen jugoslawischen Staaten spürbar an. Der Anstieg 2012 war der deutlichste und löste heftige Reaktionen insbesondere bei der Union aus. Ich fühlte mich an den Beginn der 90er Jahre und die großen Debatten um vermeintlichen „Asylmissbrauch“ zurückversetzt. Obwohl beide Situationen überhaupt nicht vergleichbar sind, schossen die üblichen Verdächtigen schon aus allen Rohren: „Asylmissbrauch“, „Schleuserkriminalität“, „Asylrecht darf nicht in Misskredit geraten“ usw. Besonders tat sich dabei der Bundesinnenminister

Der Bundesinnenminister und seine Parteifreunde liefern den Neofaschisten Munition für ihre rassistische Hetze

Hans-Peter Friedrich hervor, der bis dahin in seiner Amtszeit eher blass geblieben war, oder um es noch deutlicher zu sagen: der fachlich nicht nachweisen konnte, für dieses Amt geeignet zu sein. In einer Debatte des Bundestages kam es zu einem Schlagabtausch zwischen Koalition und Oppositionsfraktionen, der sich der Bundesinnenminister jedoch nicht stellte ([hier mein Rede](#)).

Die zweite Ursache für die intensiver geführten Debatten über das Asylrecht und den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland war da schon viel erfreulicher: es waren die Flüchtlinge selbst, die ihr politisches Schicksal in die Hand nahmen und offensiv für eine Verbesserung ihrer Lebenssituation stritten. Zum ersten Mal seit langem entstand eine starke Bewegung von Flüchtlingen, die sehr selbstbewusst und keineswegs allein in der Rolle der Bittsteller auftraten. Das blieb auch so, als eine Delegation der Flüchtlinge mit Vertretern des Innenausschusses des Bundestages sprachen und klar machten: wir sind hier, weil auf unsere Länder eure Bomben fallen!



2Transparent bei einer Demo am 22.11.2012 in Berlin; Foto: Ulla Jelpke

Asylbewerberleistungsgesetz

Auf eine [Große Anfrage](#) der LINKE musste die Bundesregierung im November 2010 einräumen, dass die Höhe der Sozialleistungen für Asylbewerber nicht den Verfassungsgrundsätzen entsprach, die das Bundesverfassungsgericht beim „Hartz IV-Urteil“ im Februar 2010 entwickelt hatte. Das galt insbesondere für die Art der Festsetzung – die Sätze waren einfach 1993 ins Gesetz geschrieben worden, und seitdem nicht mehr angehoben. Sie lagen zu-

letzt fast 40 Prozent unter dem, was Empfänger von Sozialhilfe bzw. Arbeitslosengeld II erhalten. Im Juli 2012 folgte dann der nächste Paukenschlag: das Bundesverfassungsgericht erklärte das [Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungswidrig](#) und ordnete eine Übergangsregelung an, mit der die Sätze an das Niveau von Hartz IV herangeführt wurden (einzig die Pauschale für Hausrat entfällt).

Das Gericht befand, dass die mit dem Asylbewerberleistungsgesetz betriebene Politik der Abschreckung mit dem Grundsatz der Menschenwürde und sozialstaatlichen Prinzipien nicht vereinbar sei. Migrationspolitische Erwägungen dürften nicht als Begründung herhalten, das physische oder das soziokulturelle Existenzminimum zu unterlaufen. Das Verfassungsgericht stützte sich im Urteil auf Zahlenmaterial, das von der LINKEN durch parlamentarische Anfragen erarbeitet worden war, unter anderem die genannte Große Anfrage.

Einen [Antrag](#) auf Abschaffung des nun verfassungswidrigen Gesetzes lehnte der Bundestag jedoch ab – mit dem Verweis auf einen

Gesetzentwurf, den das Arbeitsministerium federführend erarbeitete. [Regelmäßige Schriftliche Fragen](#) an die Bundesregierung von mir und Katja Kipping machten allerdings deutlich: drei Jahre wusste die Bundesregierung von der Verfassungswidrigkeit der Regelungen. In den drei Jahren wurde nichts getan, als eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzurichten, die ihre Arbeit schließlich ohne Ergebnis einstellte.

Residenzpflicht und Wohnortzuweisung

In Reaktion auf die [Flüchtlingsproteste](#) hat die Fraktion noch eine [zweite Initiative](#) zur Abschaffung der Residenzpflicht gestartet, nachdem die [erste](#) bereits abgelehnt worden war. Im Detail hat es in den vergangenen vier Jahren ohnehin schon einige Lockerungen bei der Residenzpflicht gegeben. Einzelne Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen oder zuletzt sogar Hessen beschränken die Residenzpflicht nur noch auf ihre Landesgrenzen, dort können sich die Betroffenen also immerhin innerhalb des Landes frei bewegen. Berlin und Brandenburg ermöglichen die erlaubnisfreie Bewegung über ihre Landesgrenzen hinweg, dies muss allerdings in jedem Einzelfall beantragt werden und wird in Teilen Brandenburgs äußerst restriktiv gehandhabt. Durch entsprechende verwaltungsgerichtliche Urteile ist die Praxis, für die Anträge auf eine „Verlassenserlaubnis“ Gebühren von 10 Euro und mehr zu erheben, seit 2011 abgeschafft. Neben diesen Lockerungen in der Anwendungspraxis der Behörden wurde im vergangenen Sommer auch die gesetzliche Grundlage der Residenzpflicht aufgeweicht: für eine Ausbildung oder eine Arbeit können Residenzpflichtige nun eine dauerhafte Verlassenserlaubnis erhalten, Bundesländer können untereinander Regelungen vereinbaren, damit Asylsuchende sich zumindest in die angrenzenden Kreise des nächstliegenden Bundeslandes ebenfalls erlaubnisfrei bewegen können. Doch das Regime der Sanktionen durch die Rücknahme der pauschalen Erlaubnis zum Verlassen des Landkreises oder der Stadt innerhalb des Bundeslandes besteht fort. Damit haben die Behörden weiterhin ein Druckmittel gegen politisch widerspenstige Asylbewerber und Geduldete in der Hand. Die Forderung nach Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende und Geduldete bleibt also auch in Zukunft aktuell. Mit ihrer Abschaffung könnte die Bundesrepublik einen Beitrag zur Harmonisierung des Asyl-

rechts in der EU schaffen. Kein anderer Mitgliedsstaat kennt solche restriktiven Aufenthaltsbeschränkungen für Schutzsuchende.

In ihrem letzten Antrag zur Residenzpflicht hat DIE LINKE außerdem ein weiteres Thema aufgegriffen, das die anderen Oppositionsfraktionen lieber unangetastet lassen: die Wohnortzuweisung. Nach einem zwischen den Bundesländern vereinbarten Schlüssel werden neu eingereiste Asylsuchende auf die Bundesländer verteilt. Wer schon einmal eingereist ist, bekommt wieder das alte Bundesland zugewiesen. Die persönlichen Bedürfnisse der Schutzsuchenden, bestehende verwandtschaftliche Bindungen, Kontakte zu Freunden und Bekannten etc. bleiben so unberücksichtigt. Familientreppungen sind keine Seltenheit, wenn ein Familienmitglied früher bereits einmal ein Asylverfahren betrieben hat. Auch daran muss sich aus Sicht der LINKE etwas ändern. Es wird eine Aufgabe für die Zukunft, dazu die richtigen Konzepte zu entwickeln.

Untragbare Zustände in der EU

Im Januar 2011 musste die Bundesregierung Abschiebungen von Asylsuchenden nach Griechenland wegen der dortigen unmenschlichen Bedingungen im Asylverfahren [einstellen](#). Die Fraktion DIE LINKE hatte dies schon vor Jahren gefordert und mit zahlreichen Kleinen Anfragen auf die untragbare Situation in Griechenland hingewiesen (vgl. z.B. BT-Drs. [16/8861](#),

Die Bundesregierung will sich Schutzsuchende vom Hals halten

[17/4356](#), [17/7210](#)). In aktuellen Anfragen nimmt DIE LINKE untragbare Zustände im Asylsystem weiterer EU-Länder kritisch in den Blick, etwa in [Italien](#) und [Ungarn](#). Zumindest in Einzelfällen hat auch das zum Erfolg geführt.

Verwaltungsgerichte, die über die Rückschiebung von Asylsuchenden nach Italien und Ungarn zu entscheiden hatten, griffen bei ihrer Argumentation auch auf die Kleinen Anfragen der LINKE und die wenig überzeugenden Antworten der Bundesregierung zurück.

Die Bundesregierung will allerdings nicht einsehen, dass ihr langsam die Felle davon schwimmen. Sie baut weiter darauf, sich durch das Dublin-System Schutzsuchende vom Hals halten zu können, weil dann vor allem die EU-Staaten an den Außengrenzen für die Asylverfahren zuständig sind. Auch hält die Bundesregierung an den Einschränkungen im Rechtsschutz für die Betroffenen fest – wer im Rahmen des Europäischen Asylsystems in einen anderen Mitgliedsstaat überstellt werden soll, kann mit einer Klage gegen eine solche Entscheidung keinen Aufschub erwirken. Auf EU-Ebene verteidigt die Bundesregierung die Einschränkung des Rechtsschutzes für Asylsuchende – bislang leider erfolgreich. Ob diese Regelungen dann aber vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Bestand haben werden, bleibt abzuwarten – denn zumindest der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hatte in einem aufsehenerregenden Fall Belgien wegen fehlender Rechtsschutzmöglichkeiten verurteilt. DIE LINKE hat bei zahlreichen Gelegenheiten und mit einem Antrag gefordert, dass sich die [Ausgestaltung des europäischen Asylsystems grundsätzlich an der Solidarität mit den Flüchtlingen auszurichten](#) hat, und nicht am Gedanken der Abschottung und der Verschiebung von Verantwortung von den Staaten in der Mitte Europas an die Ränder. Genau dafür steht die Politik der Bundesregierung in den Gremien der EU. Vorstöße der EU-Kommission mit dem Ziel, auch nur geringe rechtliche Verbesserungen für Asylsuchende herbeizuführen, scheitern an der restriktiven Haltung der Bundesregierung.

Bleiberecht

Seit 2007 wurden mehrere Bleiberechtsregelungen für langjährig hier lebende geduldete Flüchtlinge erlassen, weitere werden diskutiert. Dies ist auch wichtig, weil alle bisherigen Beschlüsse viel zu kurz griffen und eng ausformuliert waren. Dennoch ist es ein Erfolg, dass Zehntausenden faktisch hier längst integrierten Menschen zu einem legalen Aufenthalt und einer Zukunftsperspektive verholfen wurde. Daran haben viele Aktive, Initiativen, Kirchen und Verbände mitgewirkt. DIE LINKE hat deren Forderungen [immer wieder ins Parlament getragen](#) und umgekehrt den Aktiven in der Gesellschaft durch parlamentarische Anfragen das notwendige Zahlenmaterial zur Veranschaulichung und Argumentation an die Hand gegeben: Wie viele Menschen aus welchen Ländern wie lange mit welchem Status in Deutschland leben – dies ist meist nur bekannt, weil es die [regelmäßigen Anfragen](#) der Fraktion DIE LINKE gibt.



Nun steht wieder mal ein neuer Anlauf für ein Bleiberecht aus den Reihen der CDU-regierten Länder an. Ob das allerdings bis zur Bundestagswahl etwas wird, bleibt abzuwarten. Die bekannten Eckpunkte deuten allerdings darauf hin, dass es weiterhin schwer wird, in den Genuss eines Bleiberechts zu kommen. An-

tragsteller müssen voll integriert sein – deutsch können, oberhalb von Niedriglöhnen arbeiten, in Vereinen engagiert sein, die Kinder müssen erfolgreich die Schule besuchen, fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, sechs Jahre Voraufenthaltszeit bei Familien (acht bei Alleinstehenden). Wer nicht in dieses Raster passt, wird auch in Zukunft damit rechnen müssen, auch nach zehn und mehr Jahren Aufenthalt gnadenlos abgeschoben zu werden.

Besonders betroffen sind davon weiterhin Roma aus dem Kosovo, die vor den Bomben der NATO oder dem Terror der UCK nach Deutschland geflohen waren. Vor Beginn ihrer schlechenden Abschiebung in den Kosovo handelte es sich um gerade einmal 12000 Menschen – bezogen auf die gesamte Republik eine lächerlich geringe Zahl, die ebenfalls [erst durch eine Kleine Anfrage der LINKE bekannt wurde](#). Davon dürften mittlerweile noch etwa 8000 übrig sein – einige wenige haben ein Bleiberecht erhalten, die anderen wurden abgeschoben oder sind aus Angst vor den Zuständen im Kosovo in die aufenthaltsrechtliche Illegalität abgetaucht. Wie aus den regelmäßigen Kleinen Anfragen zum Stand der Abschiebungen hervorgeht, setzen Bundesregierung und die Innenminister der Länder ihren ganzen Apparat in Bewegung, um die Abschiebung der Betroffenen durchzudrücken.

Verstärkt wird auf FRONTEX zurückgegriffen, um die Abschiebungen von der EU-Grenzschutzagentur mitfinanzieren zu lassen – indirekt organisiert die Bundespolizei so Abschiebungen für andere EU-Staaten gleich mit. 20 und mehr solcher Abschiebungen finden jedes Jahr statt, unter anderem vom Flughafen Düsseldorf.

Kleine Anfragen als Informationsquelle

Wie in meinen anderen inhaltlichen Schwerpunkten dienen auch im Bereich Asyl- und Flüchtlingspolitik eine Reihe von regelmäßigen Kleinen Anfragen als Informationsquelle für außerparlamentarische Aktivisten, aber auch Studierende, Wissenschaftler, Rechtsanwälte und Gerichte bedienen sich dort. So stelle ich quartalsweise oder jährlich Kleine Anfragen zur Zahl der [Todesopfer des deutschen und europäischen Grenzregimes](#), zur Zahl der [Abschiebungen](#), zur Zahl der Asylsuchenden, Geduldeten, anerkannten Asylberechtigten, Flüchtlingen und sonstigen [Inhabern eines humanitären Aufenthaltstitels in Deutschland](#), zu ergänzenden Informationen zur [Asylstatistik](#) und zur Zahl der [Ausweisungen](#).



3 Protest gegen Abschiebungen von Roma am Flughafen Düsseldorf; Quelle: www.anna-conrads.de

Nazi-Terror und V-Leute-Sumpf

Antifaschismus

Am 4. November 2011 wurden die beiden Bankräuber Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos tot in ihrem ausgebrannten Wohnmobil bei Eisenach gefunden. Wenige Stunden später jagte ihre Komplizin Beate Zschäpe die gemeinsame Wohnung in Zwickau in die Luft. In den Trümmern findet die Polizei Waffen und eine DVD, mit der sich das Trio zu Morden und Anschlägen bekannte. Nun wurde deutlich, daß seit rund 14 Jahren eine rechtsterroristische Zelle namens „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) in der Illegalität gelebt und gemordet hatte. Neun migrantische Kleinunternehmer und eine Polizistin wurden von den Naziterroristen regelrecht exekutiert, zwei Nagelbomben in von Migranten belebten Gegenden gelegt und mindestens zwölf Banken überfallen. Zumindest gedeckt – wenn nicht sogar aktiv unterstützt – wurden die untergetauchten Neonazis durch Verfassungsschutzämter, die über ihre V-Leute immer wieder dicht an ihnen dran waren. Schon die Nazikeradschaft Thüringer Heimatschutz, in der sich die drei späteren NSU-Mitglieder in den 90er Jahren weiter radikalierten, war eine Gründung des Verfassungsschutzes. Kurz nach Aufdeckung des NSU wurden im Bundesinnenministerium Akten mit Informationen zum V-Leute-Einsatz in der Naziszenen geschreddert, auch in Landesverfassungsschutzämtern wurden mögliche Beweismittel vernichtet. Bundesverfassungsschutzchef Heinz Sommer und drei Landesverfassungsschutzchefs mussten darüber ihren Hut nehmen. Als erste Lehre aus dem NSU-Skandal

lässt sich heute sagen: Der Verfassungsschutz ist Teil des Problems und daher kein geeignetes Instrument zur Bekämpfung des Neonazismus. Mit seinen V-Leuten hat der Dienst in der Geschichte der Bundesrepublik immer personell und finanziell zur Stärkung der faschistischen Rechten einschließlich ihres terroristischen Flügels beigetragen und gleichzeitig im Namen des „Quellschutzes“ durch die Präsenz der V-Leute die Verfolgung neofaschistischer Straftäter und ein Verbot der NPD verhindert. Den Verfassungsschutz als Geheimdienst demokratisch kontrollieren zu wollen, entspricht der Quadratur des Kreises. Ebenso wie große Teile der LINKEN trete ich daher für die Auflösung des Verfassungsschutzes ein. Als ersten Schritt forderte ich im Dezember 2011 in einem [Antrag](#) der LINKEN die Abschaltung der V-Leute in der Naziszenen und die Gründung einer unabhängigen Informations- und Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Eine solche öffentlich und wissenschaftlich arbeitende Stelle könnte eine Gesamtbetrachtung rassistischer und rechtsextremer Strömungen und Gruppierungen in Deutschland ermöglichen, ohne sich dabei auf die fragwürdigen Arbeitsmethoden der Geheimdienste und deren beschränkten Aufklärungsauftrag zu beschränken.

Ohne die Abschlussberichte des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Bundestages zur NSU-Affäre abzuwarten, hat die Regierungskoalition mit der Schaffung des „[Gemeinsames Zentrum gegen Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus](#)“ (GAR) und der für Dutzende Polizeibehörden und Geheimdienste offenen Verbunddatei gegen Rechtsextremismus eben jene Sicherheitsbehörden gestärkt, die bei der Bekämpfung des Naziterrors so blutig versagt hatten. Das grundgesetzliche Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten wird aber zur Makulatur, wenn etwa Verfassungsschützer Informationen aus Abhörmaßnahmen an die Polizei übermitteln,

die diese nach Polizeirecht gar nicht hätten durchführen können. „Die Linke bleibt dabei: Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss ein Kampf für und nicht gegen Grundrechte sein“, erklärte ich in einer [Plenarrede](#) zur Ablehnung der neuen Datei und warnte, „die Neonazi-Datei soll also den Weg zu einer umfassenden Verbunddatei ebnen, die dann neben Naziteroristen auch Antifaschisten oder Kapitalismuskritiker umfasst.“ Im Übrigen hätte eine frühere Existenz der Rechtsextremismusdatei im Falle der NSU-Morde gar nichts genutzt, da die Ermittlungsbehörden offenbar aus rassistischer Verblendung diese Spur von Anfang an ignorierten. Stattdessen wurden die Täter unter Migranten und im Ausland in Kreisen des organisierten Verbrechens, der Drogenmafia und dem Rotlichtmilieu gesucht und die NSU-Opfer damit noch nachträglich selber kriminalisiert.

Kleine Anfragen

Die seit 1993 an die Bundesregierung gestellten Kleinen Anfragen der PDS und LINKEN haben wesentlich dazu beigetragen, eine separate Erfassung rechter Straf- und Gewalttaten überhaupt durchzusetzen. Monatlich fragen wir nach rechtsextremen Straftaten und quartalsweise nach rechtsextremen [Aufmärschen](#) und [Musikveranstaltungen](#) sowie regelmäßig auch nach antisemitischen Straftaten. Doch die von der Bundesregierung vorgelegten Zahlen sind häufig ungenau, manipuliert, unvollständig oder schöngeredet. Besonders deutlich wird dies bei den Todesopfern durch rechts und rassistisch motivierte Gewalt seit 1990. Von 1990 bis 2012 haben nach Recherchen des Tagesspiegels und der "Zeit" mindestens 149 Menschen ihr Leben durch Angriffe rechtsextremer Täter verloren. Dagegen führt die Bundesregierung lediglich 63 Tote in ihrer Statistik. Selbst diese Zahl ist schon das Ergebnis beharrlichen Drucks etwa durch unsere [Große Anfrage](#) nach den „vergessenen Toten“. Systematisch fallen insbe-

sondere diejenigen Neonaziopfer durch das Raster der Behörden, die keine Lobby haben und wie Obdachlose aus sozialdarwinistischen Motiven totgeschlagen wurden.

„Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss ein Kampf für und nicht gegen Grundrechte sein“

Mit verschiedenen Kleinen Anfragen versuchte ich, den Fokus auf Nazigruppen wie das verbotene, aber im Untergrund weiter existierende Netzwerk [Blood& Honour](#), dem auch die NSU-Terroristen angehörten, dem auch in Deutschland aktiven rassistischen Geheimbund [Ku Klux Klan](#) oder die sektenähnliche aber nicht ungefährliche Reichsbürgerbewegung zu richten. Ich fragte nach dem [Zusammenschluss](#) der NPD mit der Deutschen Volksunion und der als Unterschlupf Mitglieder verbotener Nazikameradschaften dienenden neugegründeten [Partei Die Rechte](#). Weiterhin themisierte ich die [Zusammenarbeit von deutschen und niederländischen Neonazis](#) insbesondere bei Aufmärschen in Nordrhein-Westfalen sowie die Roma-feindlichen Demonstrationen [deutscher und tschechischer Rechtsextremisten](#). Mehrere Anfragen beschäftigten sich mit [Waffenfunden](#) bei Neonazis und deren [Schusswaffentraining](#) als Reservisten der Bundeswehr oder bei Schützenvereinen sowie der Einschätzung der Bundesregierung über die Existenz [rechtsterroristischer Strukturen](#).

Ich fragte auch nach der [Erfassung von Rechtsextremisten innerhalb der Bundeswehr](#) sowie nach Erkenntnissen über eine [Unterwanderung von Fußballfans](#) durch Rechtsextremisten und die Strukturen von [Neonazis im Knast](#). Ich erfragte die Hintergründe der [Un-](#)

terbringung von BKA-Beamten in einem bekannten Treffpunkt der Naziszene in Thüringen.

Der rechte Rand

Fremdenfeindlichkeit, Islamhass und Antisemitismus sowie die Zustimmung zu autoritären und antidemokratischen Positionen beschränkten sich entgegen eines in vielen bürgerlichen Medien gezeichneten Bildes nicht auf Neonazis in der ostdeutschen Provinz. Insbesondere Ex-Finanzsenator, Ex-Bundesbanker und Weiterhin-SPD-Mitglied Thilo Sarrazin hat mit seiner seit dem Jahr 2010 über 1,5 Millionen mal verkauften Hetzschrift „Deutschland schafft sich ab“ gezeigt, welch großes Potential für Islamfeindschaft in der Bevölkerung existiert. In Kommentarspalten von Internetportalen wie politically incorrect mit Zehntausenden Zugriffen am Tag tobt sich der Mob in rassistischen Gewaltphantasien gegen die als „Migrationsmüll“, „Abschaum“, „Parasiten“ oder „Schädlinge“ bezeichneten Muslime aus. Weil die Islamhasser sich gerne als Verteidiger des Grundgesetzes, pro-israelisch und pro-amerikanisch gebärden, weigert sich die Bundesregierung allerdings beharrlich in ihren [Antworten auf](#)

„Volksverhetzung muss offenbar im Braunhemd mit Hitler-Bärtchen daherkommen, um von der Bundesregierung auch als solche erkannt zu werden“

[meine Kleinen Anfragen](#), diese Strömung als verfassungfeindlich zu klassifizieren. Islamkritische Beiträge seien Ausdruck von Ängsten vor Überfremdung, heißt es in einer [Antwort](#). Die überwiegende Mehrheit der Einträge auf

PI bediene sich keiner klassischen rechtsextremistischen Argumentationsmuster. „Demgemäß lässt sich eine rechtsextremistische Bestrebung in Bezug auf „Politically Incorrect“ derzeit (noch) nicht feststellen.“ Ich kritisierte diese Einstellung mit der Feststellung: „Volksverhetzung muss offenbar im Braunhemd mit Hitler-Bärtchen daherkommen, um von der Bundesregierung auch als solche erkannt zu werden.“ Das Massaker des selbsternannten Tempelritters Anders Behring Breivik an 77 norwegischen Jungsozialisten im Jahre 2011 hat deutlich gemacht, wie aus den theoretischen Hirngespinsten über eine angeblich drohende Islamisierung Europas blutiger Ernst werden kann – dennoch [verharmloste die Bundesregierung weiter die Islamhasserszene](#). Immerhin gab die Bundesregierung im Oktober 2012 schließlich auf meine [Anfrage](#) zu, „dass radikalierte Einzeltäter oder Kleinstgruppen aus islamfeindlicher Motivation heraus das Thema zum Anlass nehmen könnten, schwere Straftaten zum Nachteil muslimischer Personen oder islamischer Einrichtungen zu verüben“. Tatsächlich finden Anschläge gegen muslimische Einrichtungen bereits seit Jahren statt – glücklicherweise bislang ohne Todesopfer. So nannte die Regierung auf meine [Kleinen Anfrage zu „Anschläge auf Moscheen“](#) rund 220 politisch motivierte Angriffe, Brandanschläge und Schändungen gegen muslimische Gotteshäuser und Institutionen in den Jahren 2001 bis 2012. Selbst diese unvollständige Antwort – [es fehlten mehr als ein Dutzend aus Fremdenfeindlichkeit begangene Brandanschläge](#) unter anderem auf Berliner Moscheen – zeigt, dass der gewalttätige Islamhass mit antisemitischen Gewalttaten wie Friedhofsschändungen fast gleich zieht. Doch weiterhin weigert sich die Bundesregierung, moslem- und islamfeindliche Straftaten separat zu erfassen. In seiner Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ warnt das Forscherteam um den Bielefelder Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer vor einer Zunahme „roher Bürgerlichkeit“ gerade unter

Besserverdienenden angesichts der Wirtschaftskrise. Ein Symptom für die zunehmende Akzeptanz rechtsextremen Gedankenguts unter sogenannten „Eliten“ ist die sich zuspitzende Auseinandersetzung innerhalb der immer schon extrem rechtslastigen Deutschen Burschenschaft zwischen einer sich als liberal verstehenden Minderheit und der völkisch-nationalistischen Mehrheit. Nach dem Eisenercher Burschentag im Juni 2012 spekulierte die Presse auf eine baldige Spaltung des Dachverbandes von rund 110 Bünden mit 11.000 Mitgliedern. Der dort erneut zum Schriftleiter der „Burschenschaftlichen Blätter“ gewählte ehemalige Funktionär verbotener Nazigruppen, Norbert Weidner, hatte zuvor einen Skandal ausgelöst, als er die Hinrichtung des Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer durch die Nazis als „zweifelsfrei ein Landesverräter“ „rein juristisch ... für gerechtfertigt“ erklärte. Offensichtlich verschließt die Bundesregierung aus Rücksichtnahme auf „Alte Herren“ in Politik und Wirtschaft beide Augen vor dem rechten Treiben vieler Burschen. Mit mehreren Kleinen Anfragen, die unter anderem [Nazikontakte von Burschenschaftern und die Diskussion um Ariernachweise](#) als Mitgliedskriterium sowie den [Aufruf zum Umsturz des „Parteienstaates“ im völkischen Sinne](#) in der Verbandszeitschrift thematisierten, rückte ich daher den Burschen weiter auf die Pelle. Die vor einer Übernahme des Verbandes durch die Rechtsextremisten warnende Initiative „Burschenschafter gegen Neonazis“ und die Presse griffen diese Anfragen wohlwollend auf. Nur die Bundesregierung erklärte, dass sie die DB weiterhin für eine „demokratische Studentenorganisation“ halte und in den von mir aufgelisteten Punkten lediglich mögliche Anhaltspunkte für Verfassungsfeindlichkeit sieht. Ich werde also weiter nachfassen müssen.

Extremismus-Konstrukt

Die Arbeit gegen Nazis und die NPD, gegen Rassismus und Antisemitismus steht unter

politischem Druck durch die Bundesregierung. Bereits im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, die bisherigen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus zu Antiextremismusprogrammen umzuwidmen, die sich auch gegen so genannten Linksextremismus und Islamismus richten sollen. Hintergrund ist der unwissenschaftliche, alleine ideologisch motivierte Extremismusansatz, der linken Antikapitalismus und rassistischen Neofaschismus kurzerhand gleichsetzt. Diejenigen, die seit Jahren aktiv gegen Neofaschismus in Kommunen und ländlichen Regionen vorgehen, werden inzwischen von der Bundesregierung selbst unter »Extremismus«-Verdacht gestellt. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder setzte eine Extremismusklausel durch, mit der jedes aus Bundesmitteln geförderte Projekt sich zur Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung bekennen

„Wer gegen Nazis auf die Straße geht, der steht in den Augen der Bundesregierung offenbar schon mit einem Fuß außerhalb des Grundgesetzes.“

[Rede in einer Aktuellen Stunde](#) des Bundes-
tages am 08. März 2012

muss. Darüberhinaus müssen diese Projekte versichern, auch ihre Kooperationspartner, Referenten etc. nach Grundgesetzmäßigkeit zu überprüfen – zur Not unter Zuhilfenahme des Verfassungsschutzberichtes. Wer mit Organisationen wie der in mehreren Verfassungsschutzberichten gelisteten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN-BdA etwa bei Veranstaltungen oder Demonstrationen kooperiert, läuft damit Gefahr, seine Fördermittel gestrichen zu bekommen. Misstrauen und Verunsicherung sind die Folge der Extremismusklausel. Etliche Initiativen haben

keine Anträge auf Förderung mehr gestellt. Viele engagierte Mitarbeiter, die seit Jahren in Projekten gegen die extreme Rechte aktiv waren, haben sich resigniert zurückgezogen. Mit der Schwächung der demokratischen Zivilgesellschaft droht ein Wiedererstarken der Neofaschisten. Mit dem Antrag „[Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus verstärken – Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus ausbauen und verstetigen](#)“ setzte ich mich 2010 für den Beibehalt und Ausbau dieser Programme und gegen ihre Umwandlung in Anti-Extremismus-Programme ein. Ein weiterer Antrag „[Arbeit für Demokratie und Menschenrechte braucht Vertrauen](#) – Keine Verdachtskultur in die Projekte gegen Rechtsextremismus tragen“ richtete sich ebenso wie mehrere Kleine Anfragen und ein [Flugblatt der Fraktion](#) direkt gegen die Extremismusklausel. Erwartungsgemäß als völliger Flopp erwies sich das Aussteigerprogramm der Bundesregierung für Linksextremisten. Gerade einmal 33 Anrufe, von denen 25 nach Ansicht der Bundesregierung nicht ernst gemeint waren, gingen innerhalb eines Jahres bei der Aussteigerhotline ein, lediglich ein Autonomer aus Bayern nutzte laut [Antwort der Bundesregierung](#) die Hilfe des Geheimdienstes, um sich ein neues soziales Umfeld zu suchen.

[Arbeit für Demokratie und Menschenrechte braucht Vertrauen](#)

– Keine Verdachtskultur in die Projekte gegen Rechtsextremismus tragen“ richtete sich ebenso wie mehrere Kleine Anfragen und ein [Flugblatt der Fraktion](#) direkt gegen die Extremismusklausel. Erwartungsgemäß als völliger Flopp erwies sich das Aussteigerprogramm der Bundesregierung für Linksextremisten. Gerade einmal 33 Anrufe, von denen 25 nach Ansicht der Bundesregierung nicht ernst gemeint waren, gingen innerhalb eines Jahres bei der Aussteigerhotline ein, lediglich ein Autonomer aus Bayern nutzte laut [Antwort der Bundesregierung](#) die Hilfe des Geheimdienstes, um sich ein neues soziales Umfeld zu suchen.

Blockaden gegen Naziaufmärsche

Wenn Neonazis marschieren wollen, können wir uns nicht auf die Polizei und Justiz verlassen, die die Faschisten im Zweifelsfall eher schützen als dass sie die Aufmärsche verbieten. Um den Nazis eine Niederlage beizubringen, sind breite gesellschaftliche Bündnisse

nötig. So gelang es 2010 und 11 durch eine breite, von der Linken mitgetragene bundesweite Mobilisierung, den seit Jahren größten alljährlichen Naziaufmarsch Mitte Februar in Dresden durch zehntausende Antifaschisten zu blockieren. „Gelungen ist die Blockade des Dresdner Naziaufmarsches zwei Jahre in Folge, weil es eine breite Mobilisierung von der Autonomen Antifa über die Linkspartei bis rein in Teile des bürgerlichen Lagers gab. Von Anfang an wurde auf das Mittel der friedlichen, aber massenhaften Blockade orientiert. Diese Entschlossenheit, den Naziaufmarsch zu be- und verhindern, ist ebenfalls entscheidend für



4Polizei blockiert antifaschistischen Protest: Dresden 2011

unseren Erfolg“, erklärte ich Ende Februar 2011 vor der [Landesdelegiertenkonferenz der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes](#) – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). Im Februar 2012 verzichteten die Faschisten aufgrund des massiven Widerstands schließlich auf die Durchführung ihrer Demonstration, während erneut Tausende Antifaschisten in Dresden präsent waren.

Die Organisatoren der antifaschistischen Proteste sahen sich einer massiven Kriminalisierung durch die sächsische Justiz und Polizei ausgesetzt, die gegen Antifaschisten gar wegen Bildung einer „kriminellen Vereinigung“ ermittelten. So wurde im Februar 2011 im

gesamten Stadtgebiet großflächige Funkzellenabfragen durchgeführt und über 1 Million Handydaten erfasst. Von den Funkzellenabfragen betroffen waren auch zahlreiche besonders geschützte Personen wie Abgeordnete, Ärzte, kirchliche Geheimnisträger oder Anwälte. Gemeinsam mit anderen Betroffenen klagte ich vor Gericht gegen diese Bespitzelung.

Neben dem Dresdner Aufmarsch entwickelte sich insbesondere sogenannte „Nationale Antikriegstag“ Anfang September in Dortmund zu einem weiteren zentralen bundesweiten Termin der Naziszene. Dortmund ist seit Jahr-

entschlossenen antifaschistischen Protest entgegen zu setzen. Mit Blockaden gelang es dem Bündnis, die Aufmärsche der Neonazis erheblich zu behindern, bis schließlich der Aufmarsch im September 2012 nach dem vorangegangenen Verbot der Dortmunder Nazi-kameradschaft durch das Innenministerium untersagt wurde.

In der ganzen Republik, vor allem auch in NRW, wurde ich als Referentin zu Kongressen, Podiumsdiskussionen und Infoveranstaltungen zum Thema Antifaschismus eingeladen. Ich sprach dort unter anderem über den völki-



5 Fronttransparent beim Protest gegen den Aufmarsch der "Autonomen Nationalisten" am 05.09.2011 in Dortmund, Quelle: www.dortmundquer.blogspot.de

zehnten eine Hochburg militanter Neonazis. Regelmäßig kam es in den letzten Jahren zu Anschlägen auf linke Zentren und alternative Kneipen, zu Drohungen und Überfällen gegen Linke und Antifaschisten. Ich beteiligte mich daher aktiv an der Arbeit des von mir mitbegründeten Bündnisses „Dortmund stellt sich quer“, das Antifagruppen, Migrantenverbänden, linke Gruppierungen und Parteien, Jugendverbänden sowie Einzelpersonen umfasst. Ziel des Bündnisses, das sich zugleich als Teil der Friedensbewegung gegen Militarismus und Krieg begreift, ist es, den regelmäßigen Aufmärschen und dem alltäglichen Terror der Dortmunder Neonazis

schen Scheinantikapitalismus der Nazis, über die Funktion des Extremismusansatzes bei der Bekämpfung der Linken, über die von der Bundesregierung „vergessenen“ Toten durch Naziübergriffe und über die Rolle der Neonazis als möglicher „Hilfstruppen“ des Staates vor dem Hintergrund der Verwicklungen des Verfassungsschutzes in den NSU-Terror. Die Veranstaltungen von Bürgerrechts- und Antifagruppen, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN-BdA und der Linkspartei gaben mir immer auch die Möglichkeit, mit Basisaktivisten über die Probleme ihres Engagements vor Ort zu diskutieren und Erfahrungen auszutauschen.

Armee im Einsatz

Kampf gegen Inlandseinsätze wird voraussichtlich bedeutsamer

Linke Politik ist Friedenspolitik, und dementsprechend bin ich kompromisslose Gegnerin jeglichen Bundeswehreinsatzes. Das gilt für Einsätze im Ausland, aber auch im Inland. Ich halte es für sicher, dass in absehbarer Zeit wieder Vorstöße zu einer weiteren Militarisierung der Innenpolitik unternommen werden, so dass es noch wichtiger wird, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen. Widerstand verdient aber auch die propagandistische Offensive an der „Heimatfront“, insbesondere die militärische Einbettung des Schulunterrichts. In diesem Bereich konnte ich in den vergangenen Jahren die enge Zusammenarbeit mit Aktiven aus Friedensbewegung und Gewerkschaften vertiefen.

Inlandseinsätze stehen vor der Tür

Das von „Rot-Grün“ verabschiedete Luftsicherheitsgesetz scheiterte 2006 am Bundesverfassungsgericht, und die Große Koalition hatte vergeblich versucht, eine Mehrheit für eine Grundgesetzänderung zu mobilisieren. Die Scharfmacher kamen gegen die vergleichsweise restriktiven Bestimmungen der Verfassung nicht an.

Ausgerechnet das Verfassungsgericht selbst hat mit einer Entscheidung im August 2012 den bisherigen Konsens gekippt, dass die Bundeswehr bei Hilfeleistungen im Katastrophenfall keine typisch militärischen Waffen benutzen dürfe. Das Gericht hält nun auch den Einsatz von Flugzeugen, Panzern und anderem Kriegsgerät im Inland nicht mehr für grundsätzlich verfassungswidrig.

Die Verfassungsrichter haben keine präzisen Kriterien formuliert, unter welchen Umständen die Bundeswehr im Inland schießen darf. Damit ist ein breiter Interpretationsspielraum eröffnet worden, den diejenigen, die immer schon Militäreinsätze gefordert haben, spätestens nach der Bundestagswahl ausloten werden.

Hier sehe ich für meine Arbeit im Bundestag einen Punkt, der an Bedeutung zunehmen

Militäreinsätze im Inland sind eine Gefahr für die Demokratie.

wird: Es gilt herauszustellen, wie gefährlich Militäreinsätze im Inland für die Demokratie sind. Wir erleben jetzt schon verstärkte Repression in den von der Austeritätspolitik besonders betroffenen Ländern. Sollten diese Proteste einmal Deutschland erreichen, drohen auch hier Auseinandersetzungen mit bisher ungewohnter Härte. Breiter Widerstand hiergegen ist unbedingt notwendig.

Keine Gewöhnung an undemokratische Zustände!

Dabei will ich an meine Arbeit in der 17. Legislaturperiode anknüpfen. Denn da habe ich mich schon intensiv mit dem Phänomen beschäftigt, dass unterhalb einer Verfassungsänderung Entwicklungen eingeleitet wurden, die eine schleichende Militarisierung der Innenpolitik einleiten sollten.

Da müssen zum einen die Amtshilfe-Maßnahmen der Bundeswehr genannt werden. Nach Artikel 35 Absatz 1 des Grundgesetzes sind das lediglich unbewaffnete Unterstützungsmaßnahmen für andere Behörden. Beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm waren dann

auf einmal Spähflugzeuge und Spürpanzer im Einsatz. Das war für mich Anlass, diese Amtshilfe gründlicher unter die Lupe zu nehmen, und jedes Quartal eine [Anfrage](#) zu stellen. Die Statistik spricht eine klare Sprache: Seit Ende der 1990er Jahre hat die Zahl von Amtshilfe-Maßnahmen drastisch zugenommen. Damals gab es einen einzigen Einsatz pro Jahr. Die Zahl stieg jedes Jahr an, 2010 hatten wir den bisherigen Höhepunkt mit 71, 2011 waren es 68.

Der Anstieg ist eine politisch motivierte Entscheidung. Die Bundeswehr präsentiert sich bei Großveranstaltungen als „Freund und Helfer“ und nutzt dies für eine Imagekampagne in eigener Sache. Zugleich wird sie zur logistischen Unterstützung der Polizei hinzugezogen. So werden Schritt für Schritt sowohl die Öffentlichkeit als auch die Sicherheitsbehörden an den Gedanken gewöhnt, dass die Bundeswehr bei der Inneren Sicherheit mitreden soll.

In diesem Zusammenhang muss auch die Zivil-Militärische Zusammenarbeit ange- sprochen werden, in deren Rahmen bundesweit Reserveoffiziere in den zivilen Katastrophenschutzstäben Platz genommen haben. Sie sollen im Katastrophenfall aktiv werden – doch wer bestimmt, welches Ereignis für wen eine Katastrophe darstellt? Einsätze bei Streiks will die Regierung definitiv nicht ausschließen, wie sie mir mitgeteilt hat.

Ich habe daher einen [Antrag](#) formuliert, der in diesem Bereich wenigstens die Parlamentskontrolle stärken sollte. Amtshilfemaßnahmen sollten möglichst im Vorfeld angekündigt wer-

den, und der Bundestag sollte ein Vetorecht erhalten. Der Antrag wurde leider im Dezember 2012 von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Militarisierung des Geistes

Es werden nicht nur Tatsachen geschaffen, auch die Meinung steht im Fokus der Militärstrategen. Die Umfragewerte etwa für den Afghanistankrieg sind schlecht, und mit dem Wegfall der Wehrpflicht hat sich das Rekrutierungsproblem für die Bundeswehr noch verschärft.

Dagegengesteuert wird mit öffentlichen Wer-



6 Kundgebung in Berlin am 27.09.2012, antimilaktionswoche.blogspot.com

beauftritten, die vom Militär selbst als „Eventmarketing“ bezeichnet werden und auch so aussehen. Einigen Einzelfällen bin ich jeweils mit kleinen Anfragen nachgegangen. So etwa ein bundesweites [Schulfußball-Turnier](#), das der Militärischen Eigenwerbung diente; ein besonders krasses Beispiel war das [„Adventure-Camp“](#), das die Bundeswehr im Herbst 2012 zusammen mit der Jugendzeitschrift Bravo beworben hatte. Dabei wurde den Jugendlichen vom Militär betreute „Fun und Action“ in Aussicht gestellt. Dass jene Soldaten, die es nach Afghanistan verschlägt,

die dortige „Location“ gar nicht so lustig finden, wird bei dieser Werbung komplett unterschlagen.

Eine Mogelpackung verkaufen auch die Jugendoffiziere, die in den letzten Jahren vermehrt Kooperationsabkommen mit den Bildungsministerien der Länder abgeschlossen haben. Darin wird angestrebt, einen Teil des Unterrichts den Jugendoffizieren zu überlassen, weil die „Experten“ bei der Sicherheitspolitik seien. Da könnte man freilich auch den Pressesprecher von Vattenfall zum Thema Atompolitik befragen...

Schulunterricht muss politisch neutral sein! Diese Meinung wird auch von immer mehr außerparlamentarischen AktivistInnen geteilt. Im Frühjahr habe ich gemeinsam mit meiner Kollegin und Genossin Christine Buchholz zu einem Fachgespräch mit Aktiven nicht nur aus der Friedensbewegung, sondern auch Vertre-

von LehrerInnen, die in „Ausbildungen“ durch die Bundeswehr einbezogen werden. Das läuft auf eine Art militärisch „eingebetteten“ Unterricht hinaus. Ich fordere dagegen: Die Bundesregierung muss aufhören, den Unterricht zu miltarisieren und Schulen immer stärker als Rekrutierungsstätten zu missbrauchen.

Im Quartalsabstand frage ich außerdem die bevorstehenden Werbeauftritte der rollenden Reklametruppen ab. Ob Wehrdienstberater auf Marktplätzen oder in Schulen – die Listen, die ich alle drei Monate erhalte, werden auch von vielen antimilitaristischen Gruppen zur Vorbereitung auf Protestaktionen genutzt.

***„Die Bundesregierung
muss aufhören, Schulen
immer stärker als Rekru-
tierungsstätten zu miss-
brauchen.“***

terinnen von Gewerkschaften (GEW), Eltern – und SchülerInnengruppen sowie dem Jugendverband soli[d] eingeladen. Beraten wurde unter anderem, wie meine regelmäßigen Anfragen zu diesem Bereich noch besser auf die Bedürfnisse der Aktiven abgestimmt werden können.

So erkundige ich mich jährlich nach der Ein-satzbilanz von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern. Die haben z. B. 2011 zusammen über 366.000 SchülerInnen erreicht. Besonders brisant ist die verstärkte Ansprache

Vergessene Opfer

Entschädigung der Opfer des Deutschen Faschismus

Glaubt man der Bundesregierung, sind die NS-Verbrechen hervorragend aufgearbeitet und alle Opfer aufs Beste entschädigt:

„Alle Bundesregierungen seit 1949 waren sich ihrer Verantwortung gegenüber den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bewusst und haben sich nach Kräften und mit Erfolg bemüht, für das von den Nationalsozialisten begangene Unrecht zu entschädigen.“ So behauptet sie es in der [Antwort auf eine Kleine Anfrage von mir zur Entschädigung italienischer NS-Opfer](#).

Wer sich nur ein bisschen mit der Thematik befasst, weiß: Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Nachdem ich mich Ende der 1990er Jahre für die ehemaligen Zwangsarbeiter eingesetzt habe, streite ich dafür, dass auch die immer noch zahlreichen „vergessenen“ NS-Opfer Entschädigungen erhalten.

Besonders schändlich sprang die Bundesregie-

„Aus dem Verhalten der Bundesregierung gegenüber den Opfern der Nazis spricht die reine Missachtung.“

rung mit NS-Opfern aus Griechenland und Italien um. Sie verweigert jegliche Entschädigung für ehemalige Militärinternierte, die in Deutschland Zwangsarbeit leisten mussten, ebenso wie für Überlebende von Massakern. Begründung: Es sei halt Krieg gewesen und sie

sollten sich bitteschön an ihre eigene Regierung wenden.

Der Gipfel der Dreistigkeit war erreicht, als die Bundesregierung vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) gegen Italien klagte – dessen Justiz hatte Deutschland nämlich zu Entschädigungen verurteilt. Diese Klage gegen Italien, ein Affront gegen NS-Opfer, habe ich in [Anträgen](#) und [Anfragen](#) immer wieder kritisiert und dafür immerhin eine kritische Öffentlichkeit interessieren können. Bei einer Kundgebung vor dem Auswärtigen Amt zu Beginn der mündlichen Verhandlung stellte ich klar, dass aus dem Verhalten der Bundesregierung gegenüber den Opfern der Nazis die reine Missachtung spricht. Leider gab der IGH im Februar 2012 der deutschen Klage statt. Der Rechtsweg der italienischen NS-Opfer ist nun ausgeschöpft. [Ich bleibe](#) bei meiner Haltung: Zum einen haben die Überlebenden ein Recht auf Entschädigungen. Zum anderen geht es dabei auch um die Frage, [ob die Bundesrepublik sich zu ihrer historischen Verantwortung bekennt – und nicht nur wohlfeile Worte verliest](#).

Besteuerung von Zwangsarbeitern abgewehrt

Ende 2011 schrieb mir ein sozialistischer Abgeordneter aus Belgien, dass dort mehrere ehemalige Zwangsarbeiter Steuerbescheide aus Deutschland erhalten hatten. Sie sollten die Rentenansprüche, die ihnen aus der Anerkennung der Zwangsarbeit als „Ersatzzeit“ zustehen, versteuern. Nach mehreren, in Absprache mit dem belgischen Parlamentarier erstellten [Anfragen](#) wurden sie schließlich von der Steuer befreit. Ob das auch für ehemalige Zwangsarbeiter aus anderen Staaten gilt, ist noch nicht sicher. Gegenwärtig bemühen wir uns um eine Steuerbefreiung auch für diejenigen Belgier, die in den von den Nazis annexierten Landesteilen gegen ihren Willen zur Wehrmacht gezwungen wurden.

Ghetto-Renten

Wer im Ghetto schuften musste, hat Anspruch auf Rente aus einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit. Die Umsetzung dieses Anspruches ist allerdings eine einzige Katastrophe. Unstimmigkeiten bei der Rechtsauslegung haben dazu geführt, dass die Renten, statt wie ursprünglich vorgesehen rückwirkend ab 1997, erst ab 2005 ausbezahlt wurden. Den NS-Überlebenden sind dadurch teilweise Beträge bis zu 30.000 Euro entgangen. Nachdem die Bundesregierung auf Kleine Anfragen von mir [stur blieb](#), habe ich Ende 2011 einen [Antrag](#) eingebracht, der für die rund 21.500 Betroffenen eine korrekte Nachzahlung sichern soll.

Anders als die meisten Anträge der LINKEN wurde dieser [von den anderen Fraktionen nicht einfach abgelehnt](#) – das wäre dann doch ein zu großer Affront gegenüber den Ghetto-Insassen. Opferverbände, aber auch die Jewish Claims Conference, der Zentralrat der Juden und der israelische Botschafter begrüßten meinen Vorstoß (ich lasse jetzt unkommentiert, dass gerade von jener Seite ansonsten gerne Anwürfe kommen, die LINKE sei antisemitisch).

SPD und Grüne reichten zwecks Eigenprofilierung einen eigenen, sehr ähnlichen Antrag nach, die Regierungsfraktionen verschleppten das Thema über Monate hinweg, aber im Dezember 2012 fand schließlich eine Anhörung statt. Entschieden ist noch nichts, aber es ist uns gelungen, die Bundestagsmehrheit vor uns her zu treiben. Es wird ihr schwer fallen, den Rechtsanspruch der Ghetto-Überlebenden einfach zu ignorieren.

Aufgaben für die Zukunft

Immer noch sind Opfergruppen ohne Entschädigung: Italienische Militärinternierte, Opfer deutscher Massaker bzw. deren Angehörige, [ehemalige sowjetische Kriegsgefangene](#), deren Behandlung jeder Völkerrechtsnorm

spottete. Auch bei der Entschädigung für Opfer von Zwangssterilisationen und „Euthanasie“ gibt es Ungleichbehandlungen, denen ich in Zusammenarbeit mit dem Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten [nachgehe](#).

In Zukunft wird auch das Thema der sekundären Traumatisierung an Bedeutung zunehmen: Die Traumata, welche die NS-Opfer erlitten haben, wurden in etlichen Fällen an ihre Kinder weitergegeben. Ich will mich dafür stark machen, dass die Bundesregierung ihrer Verantwortung nachkommt.

Mit dem Aussterben der NS-Überlebenden wird das Feld der Erinnerungspolitik immer wichtiger. Deswegen finde ich es so skandalös, wie mit dem Zug der Erinnerung umgegangen wird, einer erinnerungspolitischen Initiative, die in einer rollenden Ausstellung über die Beteiligung der Reichsbahn an den Deportationen während der NS-Zeit erinnert. Für die Benutzung der Bahntrassen verlangt die Deutsche Bahn AG Gebühren, die das Projekt kaum noch beibringen kann. Ich habe das Thema [mehrfach in Kleinen Anfragen angesprochen](#) – die Bahn bewegt sich, aber nur im Schneckentempo.

Kein Verständnis habe ich für „totalitarismustheoretische“ Ansätze der Geschichtspolitik. Einer [Gleichsetzung von \(realen\) Sozialismus und Faschismus, wie sie zur Zeit vor allem in Osteuropa](#) betrieben wird, widersetze ich mich, denn darin liegt unter anderem eine Relativierung des Holocaust. Ich fürchte, dass der Widerstand gegen eine solche Geschichtsbetrachtung in Zukunft noch wichtiger wird.

Internationale Solidarität

Ob Angehörige einer ausländischen Widerstandsbewegung in Deutschland als Freiheitskämpfer hofiert oder als Terroristen verfolgt werden, darüber entscheiden alleine außenpolitische Interessen der Bundesregierung. Für die Bundesregierung sind so die nicht nur gegen das Ba'ath-Regime sondern auch gegen Christen und Kurden kämpfenden Djihadistenbanden in Syrien Freiheitskämpfer, die auf deutsche Geheimdiensthilfe hoffen können und im Rahmen der aus Bundesmitteln finanzierten Stiftung SWP in Berlin Politikberatung bekommen. Dagegen werden Mitglieder linker türkischer und kurdischer Organisationen in Deutschland mit dem Paragraphen 129b StGB als Mitglieder „terroristischer Organisationen im Ausland“ gejagt und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt – auch wenn sie hier keinerlei Gewalttaten begangen haben, sondern nur Spenden für politische Gefangene gesammelt und Demonstrationen organisiert haben. Jahr für Jahr steigt die Zahl von 129b-Ermittlungsverfahren weiter auf zuletzt 145 Verfahren im Jahr 2011 an. Eine Vielzahl dieser Verfahren werde im Zusammenhang mit „Anschlägen gegen die Bundeswehr in Afghanistan geführt“, erklärte die Bundesregierung auf meine alljährlichen [Kleinen Anfragen](#). Die so suggerierte terroristische Bedrohung ist offensichtlich hausgemacht. Ein Abzug der Bundeswehr vom Hindukusch würde unserer Sicherheit und der Sicherheit der Afghanen dienen.

Anerkennung der kurdischen Identität

Seit den 1980er Jahren engagiere ich mich in der Solidaritätsarbeit mit dem kurdischen Freiheitskampf. Regelmäßig habe ich seitdem die kurdischen Gebiete der Türkei und Syriens sowie die kurdische Autonomieregion im Nordirak besucht, so auch wieder in dieser Legislaturperiode.

Gerade die kurdische Frage ist längst auch zu einer innenpolitischen Angelegenheit der Bundesrepublik geworden. In ihrer Antwort auf eine [Kleine Anfrage](#) zu „Kurdenspezifische Migrationspolitik“ bestätigte mir die Bundesregierung so, dass rund 800.000 Kurdinnen und Kurden in Deutschland leben. Gleichwohl ist die Regierung nicht bereit, diese große Zahl hier lebender Menschen als eigenständige Migrationsgruppe anzuerkennen. So werden Kurdinnen und Kurden Rechte verweigert, die anderen anerkannten Migrationsgruppen längst zustehen. Dies steht einer Integration im Wege und ist eine nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung der kurdischen Migrationsgruppe. Doch darüber setzt sich durch die Nichtanerkennung der kurdischen Identität in Deutschland und der Zwangsverwaltung von Kurdinnen und Kurden als Türken, Syrer, Irauner oder Iraker die von den Verfolgerstaaten praktizierte Politik der Assimilation fort. Gerade für Flüchtlinge, die durch Bürgerkrieg und Folter oftmals traumatisiert wurden, wiegt dies doppelt schwer. Kurdenspezifische Politik macht einzig der Repressionsapparat. Denn weiterhin werden politisch aktive Kurdinnen und Kurden mit dem PKK-Verbot unter terroristischen Generalverdacht gestellt und verfolgt. Als politisch Aktiven drohen ihnen dann auch aufenthaltsrechtliche Konsequenzen bis zum Widerruf einer Asylanerkennung und der Abschiebung in die Türkei. Zur von über 50.000 Unterzeichnern und einer Vielzahl von Migrantengruppen getragenen Petiti-

onskampagne zur Anerkennung der kurdischen Identität in Deutschland erklärte ich: „Die Forderung der in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden nach ihrer rechtlicher Gleichstellung mit anderen Migrantengruppen ist recht und billig. Die Aufhebung des PKK-Verbots ist notwendig, damit hier lebende Kurdinnen und Kurden auf demokratische Weise für eine Friedenslösung in Kurdistan eintreten können.“ In Kleinen Anfragen thematisierte ich die grenzüberschreitende Verfolgung politisch aktiver Kurden. So fragte ich nach [EU-Beschlüssen](#), die zu Razzien bei kurdischen Medien geführt hatten sowie nach dem [Maulkorberlass](#) für den bereits in der Türkei langjährig inhaftierten Schriftsteller und Journalisten Muzaffer Ayata durch Stuttgarter Behörden.

Tatort Kurdistan

Mit der seit Mai 2010 laufenden Kampagne 'Tatort Kurdistan' weisen Flüchtlings- und Friedensinitiativen, Landesverbände der Linkspartei, die Linksjugend ['solid], antimilitaristische und kurdische Vereinigungen auf die Mitverantwortung deutscher Unternehmen und der Bundesregierung bei der Unterdrückung der Kurden hin. „Die Kampagne ist Bestandteil der PKK-Agitation in Deutschland“, rechtfertigte die Bundesregierung die Nennung der Kampagne im Verfassungsschutzbericht auf meine [Kleine Anfragen](#) hin. Ich sehe hier gefährliche Parallelen zur Entwicklung in der Türkei. Dort werden kurdische Bürgermeister aufgrund ihres Engagements für eine Friedenslösung inhaftiert, weil sie angeblich auf Weisung der PKK handeln. Und in Deutschland stellt der Verfassungsschutz mit seiner unbewiesenen Behauptung einer PKK-Steuerung bereits das Engagement gegen Rüstungsexporte unter Extremismusverdacht. „Nicht die Kampagne „Tatort Kurdistan“ oder die kurdische Freiheitsbewegung, sondern die deutschen Waffenlieferungen, die auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung zum Einsatz

kommen, richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung“, kommentierte ich die Antwort der Bundesregierung.

Parlamentarierpatenschaft für Hatip Dicle

Im Rahmen des Bundestags-Programms „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ übernahm eine Patenschaft über den kurdischen Abgeordneten der türkischen Nationalversammlung, Hatip Dicle. Er wurde erneut im April 2010 im Rahmen einer Verhaftungswelle gegen angebliche Mitglieder der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans festgenommen und ist seitdem in Haft. Als unabhängiger Kandidat für die Provinz Diyarbakir gewann



7 Hatip Dicle, Wahlkampagne 2008; Quelle:

Dicle bei der Parlamentswahl im Juni 2011 mit rund 88.000 Stimmen ein Mandat, das ihm der Hohe Wahlrat aufgrund einer wegen einer Rede verhängten Haftstrafe wenige Tage später wieder entzog. Außer Dicle befinden sich noch acht weitere Oppositionsabgeordnete in der Türkei in Haft. Dicle war bereits zwischen 1994 und 2004 gemeinsam mit der Sacharow-Preisträgerin des Europaparlaments Leyla Zana und weiteren Abgeordneten aufgrund seines Einsatzes für eine Lösung der kurdischen Frage inhaftiert worden.

Gülen-Bewegung, Graue Wölfe und türkische Konterguerilla in Deutschland

Als treibende Kraft hinter den Massenverhaftungen von kurdischen und laizistischen Oppositionellen in der Türkei gilt die nationalpolitisch-religiöse Bewegung des im US-Exil lebenden Imam Fethullah Gülen, dessen Anhänger große Teile des Justiz- und Polizeiapparates kontrollieren. In einer Predigt rief Gülen zur militärischen Vernichtung von Kurden auf, die sich der Zwangsassimilierung der türkischen Regierung widersetzen – und die türkische Armee setzte Giftgas gegen kurdische Widerstandskämpfer. Mit mehreren [Kleinen Anfragen](#) themisierte ich die Rolle der auch in Deutschland mit Bildungseinrichtungen und Lobbyvereinen aktiven Gülen-Bewegung und [entlarvte so offizielle Kontakte der Bundesregierung](#) mit diesem Netzwerk, dass sich in der Öffentlichkeit gerne als tolerant und dialogorientiert präsentierte.

Die Gülen-Bewegung ist dabei nicht die einzige reaktionäre Truppe aus der Türkei, die sich in Deutschland breit macht. Durch bundesweite Aufmärsche und Angriffe auf kurdische Vereine haben die türkischen Nationalisten der Grauen Wölfe immer wieder in Deutschland wieder auf sich aufmerksam gemacht. „Engagierte Antifaschisten dürfen vor türkischen Grauen Wölfen ebenso wenig die Augen verschließen wie vor deutschen Neonazis“, erklärte ich dazu. Nachdem die Grauen Wölfe jahrelang überhaupt nicht im Verfassungsschutzbericht vorkamen, sieht die Bundesregierung jetzt in ihrer Antwort auf meine [Kleine Anfrage](#) zu „Türkischen Rechtsextremen in der Bundesrepublik“ zumindest Anhaltspunkte für Verstöße gegen den Gedanken der Völkerverständigung und das friedliche Zusammenleben der Völker der als antisemitisch und kurdenfeindlich eingestuften Grauen Wölfe. Weniger interessant für die Bundesregierung scheinen die Verbindungen der türkischen Nationalisten zur CDU zu sein. Dennoch behauptet die Bun-

desregierung, über eine Kooperation von CDU-Gliederungen und türkischen Faschisten keine Kenntnisse zu besitzen. „Wer ständig die Extremismuskeule gegen Linke schwingt, sollte erst einmal vor der eigenen Haustür kehren“, kommentierte ich die Weigerung der Bundesregierung, sich mit Verbindungen der CDU zu den Grauen Wölfen auseinanderzusetzen. In den letzten Jahren waren insbesondere in Nordrhein-Westfalen mehrere Fälle bekannt geworden, in denen Graue Wölfe in CDU aktiv wurden.

„Deutschland darf kein sicheres Hinterland für Konterguerilla-Mörder sein“, erklärte ich, nachdem bekannt wurde, dass führende Mitglieder der für Tauende Morde an kurdischen Oppositionellen und gemäßigten Muslimen in den 90er Jahren verantwortlichen sunnitischen Hizbulah in der Bundesrepublik lebten. Unter den Augen des Verfassungsschutzes konnten sich die Führer dieser rechten Mördertruppe in Moscheevereinen organisieren und von hier aus auch den Wiederaufbau der Organisation in der Türkei leiten. „Nicht auszuschließen bleibt dabei, dass die TH zukünftig die Option der Gewaltanwendung wieder in Betracht zieht“, warnte selbst die Bundesregierung in ihrer [Antwort auf meine Kleine Anfrage](#). In einem solchen Fall ginge von der Organisation „ein beträchtliches Bedrohungspotential aus.“

Gerechtigkeit für die Opfer des Giftgasangriffs von Halajba

Am 16. März 2013 jährt sich zum 25. Mal der Giftgasangriff der irakischen Luftwaffe auf die kurdische Kleinstadt Halabja. 5000 Menschen wurden damals getötet, viele der Überlebenden leiden weiterhin unter physischen und psychischen Spätfolgen dieses Verbrechens, dass ohne die maßgebliche Rolle deutscher Waffenlieferanten nicht möglich gewesen wäre. Ermöglicht wurde die irakische Giftgasproduktion vor allem durch rund 60 deutsche

Firmen, die etwa 70 Prozent der Produktionsanlagen lieferten. Doch die Bundesregierung leugnet bis heute die maßgebliche Rolle der deutschen Händler des Todes, wie Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „[Entschädigung der Opfer des Giftgas-Massakers von Halabja 1988](#)“ (BT-Drs. 17/837) zeigt. Gemeinsam mit kurdischen Menschenrechtsorganisationen setzte ich mich für eine Anerkennung der



8Gedenkstätte in Halabja, Besuch im Jahr 2010

deutschen Mitverantwortung an den von der irakischen Armee begangenen Giftgasmassakern in Halabja und 40 weiteren kurdischen Orten, der Verurteilung der Verantwortlichen Giftgaslieferanten sowie Entschädigungszahlungen an die Überlebenden ein. Auf Einladung des Harman-Instituts in Erbil, das sich der Aufarbeitung des Genozids an den Kurden widmet, war ich vom 21. bis 28. August 2010 eine Woche lang in der Autonomen Region Kurdistan-Irak. Ich habe die damaligen Orte des Grauens – u.a. Halabja und das während der Anfal-Operationen besonders betroffene Barzan-Gebiet – besichtigt und mit Überlebenden der Massaker sowie Vertretern der kurdischen Regionalregierung gesprochen. [In Halabja habe ich am Mahnmal der Opfer des Giftgasangriffs gedacht](#) und die erschütternden Bild- und Filmdokumente sowie die Ausstellung im Museum besichtigt. Bis heute war-

ten die Bewohner der Region um Halabja vergeblich auf Hilfe und Entschädigung.

Basken und Kabylen

Ein ähnliches Schicksal wie die Kurden haben die Kabylen in Algerien. Ich traf mich im Sommer 2011 mit dem [Präsidenten der kabylyischen Übergangsregierung](#) im Exil, Ferhat Mehenni, und deren Minister für internationale Beziehungen Lyazid Abid.

Einigkeit herrschte zwischen uns insbesondere in der Verurteilung des Verkaufs von deutschen Waffen und Überwachungstechnologie an Algerien. So hat die algerische Armee bereits mehrmals ihre Waffen gegen friedliche Demonstranten in der Kabylei eingesetzt. In einer [Kleinen Anfrage](#) themisierte ich dies.

Regelmäßig ließ ich mich von Vertretern der linken baskischen Unabhängigkeitsbewegung, über den Fortgang des Friedensprozesses im Baskenland informieren. Ich [unterstützte dabei den Ende 2009 verkündeten Aufruf](#) der baskischen abertzalen Linken zu Gewaltfreiheit und die Orientierung auf Massenmobilisierungen, die Arbeit innerhalb demokratischer Institutionen, den ideologischen Kampf und die Suche nach internationaler Unterstützung für den Friedensprozess. Ich unterstützte auch weitere [internationale Erklärungen](#) für das Recht der baskischen Linken auf politische Teilhabe durch die Legalisierung ihrer Parteien und ein Ende der Repression gegen ihre Aktivisten. Die Aufgabe des bewaffneten Kampfes durch ETA und der Wahlerfolg des Wahlbündnisses Bildu bei den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen im Mai 2011 zeigten, dass der eingeschlagene Weg richtig ist.

Wahlkreisbüro in Dortmund

Nach meinem Wiedereinzug in den Bundestag im September 2009 habe ich begonnen, neue Räume für mein Dortmunder Wahlkreisbüro zu suchen. Es sollte den Anspruch erfüllen, ein in jeder Hinsicht geeigneter Anlaufpunkt für Aktive und Interessierte zu werden: näher am Zentrum, und dennoch mit ausreichend Platz für kleine und große Veranstaltungen. Im Mai 2010 konnte ich mit meinen Mitarbeitern endlich die neuen Räume in der Nähe des Hauptbahnhofs beziehen. Nach aufwendigen Umbaumaßnahmen verfügt das Wahlkreisbüro jetzt über freundliche, helle und behindertengerechte Räume, unter anderem ein Veranstaltungssaal, Ladenlokal und Büros. Mittlerweile hat sich das Büro als Ort linker Politik in Dortmund etabliert, seit seinem Bestehen haben hier zahlreiche Veranstaltungen stattgefunden.



Dortmund stellt sich quer

Der Kampf gegen Rechts spielt seit jeher eine große Rolle in meiner Arbeit. Und da Dortmund seit Jahrzehnten ein zentraler Ort für neofaschistische Umtriebe aller Art ist, gab

und gibt es leider reichlich Gelegenheiten, um gegen Rechts aktiv zu sein und klar Stellung zu beziehen.

Ich habe dabei immer großen Wert auf Bündnisarbeit gelegt. Die Ansätze, aktiv gegen Rechts zu arbeiten, waren dabei aber mitunter sehr unterschiedlich. Herkunft und das politische Selbstverständnis der großen Zahl von Aktiven und Gruppen müssen immer wieder aufs Neue sinnvoll in gemeinsamem Protest gebündelt werden. In den letzten Jahren ist das mit dem Bündnis „Dortmund stellt sich quer“ gut gelungen. Hier haben sich zahlreiche linke Abgeordnete, Jugendverbände, antifaschistische Gruppen, Gewerkschafter und Organisationen von Migrantinnen und Migranten zusammengefunden, um gemeinsam gegen die jährlichen Naziaufmärsche Widerstand zu leisten. Mit Erfolg: im vergangenen Jahr konnten die Neofaschisten bei weitem nicht mehr so erfolgreich mobilisieren wie noch wenige Jahre zuvor. Der Druck der zahlreichen Aktiven hat auch geholfen, die Stadt Dortmund zu einem schärferen Vorgehen gegen die Neonazi-Szene zu drängen.

Dieses antifaschistische Engagement vor Ort war den Dortmunder Neonazis allerdings ein solches Dorn im Auge, dass sie mehrfach Anschläge auf mein Wahlkreisbüro verübt. Im Januar 2010 wurde ein Säureanschlag verübt, durch den die Räume mehrere Tage lang nicht zu benutzen waren. Der Anschlag fand just in der Nacht vor einer angekündigten bundesweiten Plakataktion der Linken gegen den Naziaufmarsch im Dresden statt. Im Juli 2011 flogen dann Pflastersteine durch das Fenster und im November 2011 wurden die Scheiben eingeschlagen und mit Naziparolen beschmiert.

Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge

Seit Jahren ist abzusehen, dass wieder mehr Menschen über die Grenzen Europas nach

Deutschland fliehen werden, in der Hoffnung Schutz vor Krieg, Verfolgung und Hunger zu finden. Der Krieg in Syrien, die Situation im Irak und in Afghanistan treibt weiterhin Menschen zu Flucht. In Mazedonien und Serbien hat die Verfolgung von Roma keineswegs aufgehört. In Ungarn und Tschechien gibt es Pogrome gegen sie.

In der Erstaufnahmeeinrichtung in Dortmund ist die Zahl der Schutzsuchenden in den letzten Monaten gestiegen. Obwohl der Anstieg bereits abzusehen war, wurde weder vom Land NRW noch vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für eine ausreichende Ausweitung der Aufnahmestellen gesorgt. Das Ergebnis war, dass die Erstaufnahmeeinrichtung in Dortmund an einem Tag für 2 Stunden ihre Tore schloss, um auf die Situation aufmerksam zu machen. Eine provisorische Unterkunft wurde inzwischen in Dortmund-Derne geschaffen. Zwischenzeitlich existierten weitere Notunterkünfte in Essen und Köln (jeweils Turnhallen) sowie in Mönchengladbach und Düsseldorf. Auch die Aufnahmeeinrichtung in Unna-Massen wurde wieder in Betrieb genommen. Eine weitere Erstaufnahmeeinrichtung entsteht gerade in Neuss. Um sich ein Bild von der konkreten Situation vor Ort zu machen und mit dem Menschen zu sprechen, besuchte ich am 02. November 2012 gemeinsam mit ihrem Büro und zwei Vertreterinnen der Flüchtlingsinitiative STAY! aus Düsseldorf und des Flüchtlingsrates NRW die Erstaufnahmeeinrichtung in Dortmund, die Ausweichstelle in Dortmund-Derne und die Zentrale Unterbringungseinrichtung in Hemer. Besonders die Aufnahmeeinrichtung in Hemer platzte aus allen Nähten. Die untergebrachten Asylsuchenden berichteten, dass es kaum Angebote für Verfahrensberatungen gibt – angesichts der zahlreichen Fallstricke im deutschen Asylverfahrensrecht ein schwerwiegender Nachteil für die Betroffenen. Nach dem deutlichen Rückgang der Asylbewerberzahlen zum Ende des Jahres wird

sich die Situation sicherlich wieder entspannen – sie zeigt aber, dass die Bundesrepublik mit einem plötzlichen und starken Anstieg der Asylbewerberzahlen überfordert wäre. Angesichts der Lage in Syrien und den Nachbarländern leider kein unrealistisches Szenario.

Besuch des Fanprojekts Borussia Dortmund

Seit geraumer Zeit wird die Fußballszen in Deutschland kriminalisiert. Der Einsatz von Pyrotechnik und Gewaltausbrüche vor und in den Stadien sind ständige Themen, wenn es um den Bundesligafußball, aber auch um den unterklassigen Fußball geht.



9 Besuch beim Fanprojekt Borussia Dortmund; Foto: Iris Bernert-Leushacke

Um die Situation in Dortmund aus erster Hand kennenzulernen, habe ich mit meinem Wahlkreisteam das Fanprojekt Borussia Dortmund besucht. Dort sind Sozialarbeiter beschäftigt, die sich um die vielfältigen Probleme der Fans kümmern. Selbstverständlich sind sie auch bei allen Auswärts- und Heimspielen im Einsatz und tragen maßgeblich zur Deeskalation in brenzligen Situationen bei, die es durchaus auch in Dortmund gibt. Diese haben allerdings in den letzten Jahren nicht zugenommen und sind lediglich als szenetypische kleine Scharmützel zu bezeichnen, wie sie gerade zwischen besonders rivalisierenden Vereinen Tradition haben.

Bezüglich der Bedeutung der Neonaziszenze in der BVB-Fanszene bleibt festzuhalten, dass sie laut Fanprojekt in etwa bei 60 Personen liegt, die hauptsächlich den „autonomen Nationalisten“ zuzurechnen sind. Diese treten allerdings nicht besonders in Erscheinung, wo sie mit Transparenten und ähnlichem auftreten, erfolgen klare Reaktionen der anderen Fans und der Vereinsführung.

Frauenzentrum in Dortmund Huckarde

Das Frauenzentrum in Dortmund- Huckarde gehört mittlerweile zu den etablierten Einrichtungen seiner Art in Dortmund. Das über 30jährige Bestehen war nur ein Grund, der Einrichtung einen Besuch abzustatten. Im Gespräch mit der Vorsitzenden Christina Kaiser erfuhr ich von der interessanten Entwicklung der Einrichtung vom einfachen Treffpunkt für Frauen hin zu dem heutigen Zentrum mit 120 MitarbeiterInnen, die sich der Beschäftigungsförderung von Frauen und Männern verschrieben haben. Das Frauenzentrum ist inzwischen Ausbildungsstätte, Beratungsstelle und Arbeitgeber in den Bereichen Familienpflege, Haushaltsdienst und Seniorenbegleitdienst.

Arbeitslosenzentrum Dortmund

Mit dem Arbeitslosenzentrum Dortmund stehe ich in regelmäßigem Austausch. Zum 25-jährigen Bestehen durfte ich als Abgeordnete des Wahlkreises und Vertreterin der LINKE dort ein Grußwort halten. Das Arbeitslosenzentrum ist eine sehr wichtige Einrichtung für diejenigen, die in Konflikt mit der lokalen ARGE geraten. Manche werden sogar von dort hergeschickt, eine klare Anerkennung der Kompetenz, die im Arbeitslosenzentrum zu finden ist.

Öffentlichkeitsarbeit

Der politische Kampf ist insbesondere auch ein Kampf um die öffentliche und veröffentlichte Meinung. Pressearbeit wird daher in meinem Büro großgeschrieben. Mit zumeist mehreren

Mit fast 900 Presseerklärungen habe ich für linke Positionen in der Innenpolitik geworben

Presseerklärungen pro Woche fand ich nicht nur bei der linken sondern immer wieder auch bei der bürgerlichen Presse Gehör. Auf Interesse stießen insbesondere unsere Kleinen Anfragen, die wir über Presseerklärungen und in Kooperation mit den Medien der Öffentlichkeit bekannt machten.

In der Tageszeitung [junge Welt](#), deren Ressortleiterin Innenpolitik ich vor meinem erneuten Einzug in den Bundestag war, veröffentlichte ich weiterhin eine Vielzahl von Artikeln zur Innenpolitik, in denen ich oft „Insiderkenntnisse“ aus dem Bundestag unterbringen konnte. Schließlich steuerte ich für die von mir mit herausgegebene Zweiwochenschrift [Ossietzky](#)



eine Reihe von Artikeln insbesondere zur Rolle des Verfassungsschutzes und seiner V-Leute bei der NSU-Affäre bei. Als Mitherausgeberin der Antifa-Nachrichten nutzte ich auch dieses

Medium immer wieder, um über antifaschistische Themen zu informieren.

Die kommunistische Zeitung [UZ](#) und die Sozialistische Zeitung [Soz](#) baten mich um Gastkolumnen zu aktuellen Themen. In der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift der Antirepressionsvereinigung [Rote Hilfe](#) äußere ich mich seit mehreren Jahren in einer regelmäßigen Kolumne zu Fragen der Innenpolitik. Für die kurdische Tageszeitung [Özgür Politika](#) und die sozialistischen türkischen Zeitungen [Evrensel](#) und [Yeni Hayat](#) verfasste ich mehrfach Kommentare. Ebenso steuerte ich Artikel für die in Kanada erscheinende deutschsprachige Zeitung „Der Albertaner“ bei. Die „Islamische Zeitung“ führte mit mir ein ausführliches [Interview](#) über mein Engagement gegen muslimfeindliche Gruppierungen sowie das Verhältnis von religiösen Menschen und Sozialisten. Die „Evangelische Zeitung“ wiederum bat mich im September 2011 um einen Kom-



mentar, warum ich die Rede von Papst Benedict im Bundestag ablehnte.

Für das im Hamburger Laica-Verlag erschienene Buch von Stuart Price „[Fesseln spürt, wer sich bewegt](#)“ steuerte ich ergänzende Vorworte zur Frage von Polizeigewalt und innerer Militarisierung bei. Für die Theoriezeitschrift Marxistische Blätter verfasste ich eine [Untersuchung](#) über die Rolle der Geheimdienste bei der Förderung von neofaschistischen Gruppen.

Arbeit im Bundestag

Parlamentarische Fragen

Mit zahlreichen Mündlichen Fragen, Schriftlichen Fragen, Kleinen Anfragen und Großen Anfragen nutze ich das gesamte Repertoire des parlamentarischen Fragerechts. Mündliche und Schriftliche Fragen dienen dazu, gezielt zu einzelnen Vorkommnissen Fragen an die Regierung zu stellen, die zügig beantwortet werden. Kleine Anfragen dienen dazu, bestimmte Aspekte oder Ereignisse umfassend zu beleuchten (etwa die Praxis des „racial profiling“ bei der Bundespolizei). Sie werden in der Regel innerhalb von zwei Wochen beantwortet. Für Große Anfragen kann sich die Regierung auch sehr viel mehr Zeit lassen. In Großen Anfragen wird ein Thema umfassend beleuchtet – in dieser Wahlperiode war das das Asylbewerberleistungsgesetz, die Ab-

*Stand Ende Dezember
2012 habe ich 359 Kleine
Anfragen eingebracht –
von rund 3000 Kleinen An-
fragen aller Fraktionen*

schiebehaft in Deutschland und die deutsche Polizeiarbeit in Afghanistan. Zur Antwort findet dann auch eine Debatte im Bundestag statt.

Innenausschuss

Ich bin nicht nur innenpolitische Sprecherin der Fraktion, sondern auch Obfrau im Innenausschuss. Die Obfrau legen die Tagesord-

nung fest, klären Geschäftsordnungsfragen und Angelegenheiten des Ausschusses.

Zu ausgewählten Themen finden im Ausschuss Anhörungen statt. Anhörungen wurden u.a. zu meinen Anträgen zur Kennzeichnungspflicht für Polizisten, zum Bleiberecht für langjährig Geduldete oder zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes durchgeführt.

*In dieser Wahlperiode
habe ich 123 Reden im
Plenum gehalten*

Die Aufsetzung von Berichten zu aktuellen Entwicklungen ist ein weiteres Mittel, im Innenausschuss politischen Druck zu erzeugen. So hat mein Engagement im Ausschuss gegen die Durchführung von Asylanhörungen mittels Videokonferenztechnik zumindest dazu geführt, dass diese Praxis für eine Weile eingestellt wurde und nun nur noch unter engen Voraussetzungen fortgeführt wird.

Parlamentarische Initiativen

Am besten lassen sich die Standpunkte der LINKE zu bestimmten politischen Fragen per Antrag oder Gesetzentwurf ins Parlament bringen. Unter meiner Federführung sind zu allen meinen Schwerpunkten Initiativen entstanden, insgesamt 36 an der Zahl.